

# LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

49. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 10 · 20. November 2018

## Fahrverbote

Drohende Fahrverbote für Diesel haben den Landtag erneut beschäftigt. Anlass für die Aktuelle Stunde war eine Gerichtsentscheidung, wonach Köln und Bonn 2019 solche Verbote erlassen müssen. S. 3

## Shisha-Bars

Eine Gefährdung der Gäste durch Kohlenmonoxid-Vergiftungen und Kriminalität durch Familienclans – sogenannte Shisha-Bars in Nordrhein-Westfalen standen im Mittelpunkt einer Aktuellen Stunde. S. 5

## Pogromnacht

Mit der Pogromnacht begann vor 80 Jahren die systematische Verfolgung jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger. An die Opfer erinnerte der Landtag mit einer bewegenden Gedenkveranstaltung. S. 10-11

## Ausschüsse

Die Handball-WM 2019, das Landesjagdgesetz und der Borkenkäferbefall in den Wäldern nach dem trockenen Sommer – nur einige der vielen Themen, über die die Ausschüsse debattiert haben. S. 14

## Zuwanderung und Integration

### Debatte um Aufenthaltsdauer in Landeseinrichtungen



# INHALT



Foto: Schälte

## „Nie wieder“

Gedenken an die Pogromnacht vor 80 Jahren ..... S. 10

### Aus dem Plenum

Debatte um den Diesel ..... S. 3

Meldungen ..... S. 4

Shisha-Bars in der Kritik ..... S. 5

Gesetzgebung ..... S. 6

### Titelthema

Eine Frage der Zeit ..... S. 7

Standpunkte ..... S. 8

Aus den Fraktionen ..... S. 12

### Aus den Ausschüssen

Meldungen ..... S. 14

### Im Porträt

Henning Höne (FDP) ..... S. 15

Kurz notiert ..... S. 16

## Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442, [landtag-intern@landtag.nrw.de](mailto:landtag-intern@landtag.nrw.de)

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

**Herausgeber:** Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion (Red):** Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2388 (sow), 884-2309 (bs), [landtag-intern@landtag.nrw.de](mailto:landtag-intern@landtag.nrw.de)

**Redaktionsbeirat:** Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Verena Schäffer (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Kai Schumacher (CDU), Frank Uferkamp (SPD), Nadja Kremser (FDP), Jan Miebach (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 16. November 2018, 12 Uhr  
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten.

Ein Nachdruck der Beiträge aus der Rubrik „Aus den Fraktionen“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

**Auflage:** 30.000

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · [www.dehaar.de](http://www.dehaar.de)

**Herstellung und Versand:** reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

**Internet-Adressen:** [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de), [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

**Landtag Intern** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

**Weitere Hinweise**

[www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de)



# Debatte um den Diesel

## Aktuelle Stunde wegen drohender Fahrverbote in Köln und Bonn

14. November 2018 – Der Landtag hat sich in einer Aktuellen Stunde erneut mit drohenden Fahrverboten für Dieselfahrzeuge in Nordrhein-Westfalen befasst. Die Fraktionen von Grünen, AfD und SPD hatten die Debatte beantragt. Hintergrund war eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln vom 8. November 2018. Demnach müssen die Städte Köln und Bonn von April 2019 an Fahrverbote für bestimmte Schadstoffklassen erlassen.

Um Fahrverbote zu vermeiden, seien Hardware-Nachrüstungen und die Einführung einer blauen Plakette erforderlich, sagte Grünen-Fraktionschef **Arndt Klocke**. Er erinnerte an den Grundsatzbeschluss des Bundesverwaltungsgerichts Leipzig, das Fahrverbote als „Ultima Ratio“ zulasse. Statt zu handeln, habe Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) Fahrverbote als „unverhältnismäßig“ und „rechtswidrig“ bezeichnet. „Darüber entscheiden aber Gerichte und kein Ministerpräsident“, sagte Klocke. Er fragte, was die Landesregierung unternehmen wolle, um Verbote zu verhindern und die betroffenen Städte zu unterstützen.

Sperrungen hätten für die Menschen un-absehbare Folgen, sagte **Christian Loose** (AfD): „Wie kommen die Handwerker zu ihren Kunden? Wie kommen Pendler in die Stadt oder aus der Stadt? Was passiert mit den Anwohnern?“ Der Landesregierung sei es entgegen eigener Ankündigungen nicht gelungen, Fahrverbote zu verhindern. In Bonn seien zwei Straßen in Rheinnähe betroffen. Allerdings trügen dort auch die Binnenschiffe zur Stickoxidbelastung bei. Loose kritisierte die Grenzwerte. Sie seien „willkürlich und an der Realität vorbei festgelegt“ worden. Sie seien zu niedrig, die Aufstellung der Messstationen sei nicht repräsentativ.

Keine einzige Maßnahme habe die Landesregierung ergriffen, um Fahrverbote zu verhindern, kritisierte **Thomas Kutschat**, Fraktionsvorsitzender der SPD. „Sie lassen die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande allein die Zeche zahlen“, warf er Ministerpräsident Laschet vor. Notwendig sei ein Notfallplan: Dazu gehöre etwa eine kurzfristige Nachrüstung der Fahrzeuge auf Kosten der Automobilindustrie. Wo das nicht möglich sei, müssten Betroffene Ersatz erhalten. Außerdem forderte Kutschat eine Großoffensive für den Öffentlichen Personennahverkehr. „Es ist Zeit zu handeln. Tun Sie was!“, appellierte er an Laschet.

### „Nicht lahmlegen“

Keinen einzigen realisierbaren Vorschlag habe sein Vorredner gemacht, konterte **Rainer Deppe** (CDU). Die Menschen erwarteten Antworten auf die Frage: „Wie vermeiden wir, dass es in diesen Städten zum Kollaps kommt?“ Es gehe nicht nur um die Stadt Köln, sondern um die wirtschaftsstärkste Region in Nordrhein-Westfalen. „Die können wir nicht lahmlegen“, warnte der Abgeordnete. Es gelte, Mobilität, Wirtschaft, Industrie und Handwerk zu erhalten. Deppe stellte die Frage nach der Verhältnismäßigkeit

der Fahrverbote. Der Begriff „verhältnismäßig“ werde viel zu oft auf die individuellen Rechte des Einzelnen bezogen.

**Bodo Middeldorf** (FDP) sagte, für seine Fraktion seien Fahrverbote nach wie vor kein Instrument, um die Emissionsprobleme zu lösen. „Wir lehnen sie ab und wir werden alles dafür tun, um sie abzuwenden.“ Middeldorf kritisierte die Politik der Bundesregierung. Obwohl das Problem seit Jahren bekannt sei, habe diese bis heute kein schlüssiges Konzept zur Lösung vorgelegt. Gespräche mit den Automobilherstellern hätten sich als „Rohrkrepierer“ erwiesen. Das Problem werde bei den Ländern und den Kommunen abgeladen, die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher würden mit Füßen getreten.

Die nordrhein-westfälische Umweltministerin **Ursula Heinen-Esser** (CDU) warnte davor, den Verbraucherinnen und Verbrauchern vorzugaukeln, dass es schnelle und einfache Lösungen in der Dieselpolitik gebe. Man müsse den Menschen vielmehr realistisch sagen, was gehe, und dürfe ihnen nicht das Blaue vom Himmel versprechen. Sie kündigte an, Anfang 2019 einen Luftreinhalteplan für Köln vorzulegen. Ihr Ziel sei, jede Stadt im Land, in der Dieselfahrverbote drohten, individuell mit ihren Problemen zu betrachten und gemeinsam mit den Verantwortlichen in den Kommunen nach Lösungen zu suchen. *zab, sow, wib*

### Anträge

Der Debatte lagen drei Anträge zugrunde: „Diesel-Urteile: Was unternimmt die Landesregierung, um Fahrverbote in NRW noch zu verhindern?“ (Grüne, [17/4161](#)); „Diesel-Fahrverbote in Köln und Bonn – Regierung Laschet ist gescheitert“ (AfD, [17/4162](#)); „Welchen Plan hat die Landesregierung zur Verhinderung von Fahrverboten?“ (SPD, [17/4163](#)).

Foto: Schälte



## Digitale Strategie

14.11.2018 – „Mit der Strategie für ein digitales Nordrhein-Westfalen gut gerüstet für die digitale Zukunft“ – so lautet der Titel eines Antrags der Fraktionen von CDU und FDP ([17/3579](#)), den der Landtag verabschiedet hat. Mit dem Antrag begrüßt das Parlament den Entwurf der Landesregierung für eine Digitalstrategie. Gefordert wird u. a., „die bereits begonnene Digitalisierungsoffensive an den Schulen fortzuführen und die Themen digitale Ausstattung, Qualifizierung der Lehrerinnen und Lehrer, Medienkompetenz und Programmierkenntnisse in einer Digitalstrategie für die Schulen konzeptionell zusammenzuführen“. Für den Antrag stimmten die Fraktionen von CDU und FDP. SPD und Grüne lehnten ihn ab, die AfD enthielt sich.

## Große Anfrage: Hochschulen

14.11.2018 – Das Plenum hat sich mit der Situation an den nordrhein-westfälischen Hochschulen befasst. Hintergrund war eine Große Anfrage der Fraktion der Grünen („Wie steht es um die Mitbestimmung, die gesellschaftliche Verantwortung und das selbstbestimmte Studium an den Hochschulen in NRW?“, [17/2612](#)). Die Anfrage bezog sich u. a. auf die Mitbestimmung in den Senaten und Fachbereichen, auf Hochschulräte, studentische Hilfskräfte, Anwesenheitspflichten, Zivil- und Nachhaltigkeitsklauseln sowie den Landeshochschulentwicklungsplan. Im Januar 2018 seien zur Novellierung des Hochschulgesetzes Leitlinien in einem „Eckpunktepapier“ beschlossen worden, teilte die Landesregierung in ihrer Antwort ([17/3674](#)) mit. Darin seien auch die Themenfelder der Großen Anfrage enthalten. Bei etlichen Fragen zu einzelnen Themen der Großen Anfrage sei eine Beteiligung der Hochschulen erforderlich gewesen.

## Beiträge für Straßenbau

14.11.2018 – Kommunen sollen Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer beim Stra-

ßenausbau künftig nicht mehr an den Kosten beteiligen können. Dies sieht ein Gesetzentwurf der SPD-Fraktion vor („Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen“, [17/4115](#)). Das Plenum hat ihn zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen (federführend) überwiesen. „Die Straßenausbaubeiträge sind in erhebliche Kritik geraten, da die Beitragsbelastungen für die betroffenen Grundstückseigentümer im Einzelfall sehr hoch sind und bis in den vier- oder sogar fünfstelligen Bereich reichen können“, heißt es im Gesetzentwurf. Die Forderungen brächten viele Betroffene in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten. Als Ersatz sollen die Kommunen Landesmittel erhalten. Die Gesamtsumme der von den Grundstückseigentümerinnen und -eigentümern zu zahlenden Beiträge liege nach Angaben der Landesregierung zwischen 112 und 127 Millionen Euro im Jahr.

## Gefahr durch Sepsis

14.11.2018 – Die AfD-Fraktion fordert in einem Antrag ([17/4124](#)) die Erstellung und Umsetzung eines landesweiten „Sepsisplans“. Die Sepsis, auch Blutvergiftung genannt, sei eine Reaktion des Körpers auf eine Infektion, heißt es in dem Antrag: „Im Normalfall gelingt es unserem Immunsystem, eine derartige lokale Infektion am Entzündungsherd direkt einzudämmen.“ Bei einer Sepsis gelinge es den Erregern jedoch, die lokale Begrenzung zu durchbrechen; sie breiteten sich auf andere Organe aus. Ein Drittel bis die Hälfte der Patientinnen und Patienten sterbe an der Sepsis. Es handle sich nach Erkrankungen des Herz-Kreislaufsystems und Krebs um die dritthäufigste Todesart in Deutschland. Die meisten Todesfälle könnten jedoch „mittels Impfung, Hygiene, Früherkennung und Behandlung der Sepsis als Notfall“ vermieden werden. Die Landesregierung solle u. a. ein Sepsisregister aufbauen und Aufklärungskampagnen entwickeln. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (federführend) überwiesen.

## Stichwahl in Kommunen

16.11.2018 - Der Landtag hat sich in einer Aktuellen Stunde auf Antrag der SPD-Fraktion ([17/4165](#)) mit Überlegungen der Koalition befasst, die Stichwahl abzuschaffen – bei der Wahl von Bürgermeistern, Oberbürgermeistern und Landräten. Die Stichwahl war laut Antrag erstmalig 1994 eingeführt worden. 2007 wurde sie abgeschafft, 2011 wieder eingeführt.

**Christian Dahm** (SPD) kritisierte, die Landesregierung wolle Stichwahlen aus „politischem Kalkül“ abschaffen, da die CDU in Städten wie Düsseldorf zuletzt das Nachsehen gehabt habe. Das Vorhaben der Landesregierung sei „ein Frontalangriff auf unsere gut gelebte Demokratie“.

**Heinrich Frieling** (CDU) entgegnete, dass die Beteiligung bei Stichwahlen häufig geringer ausfalle als beim ersten Gang zur Wahlurne. Stichwahlen seien ein „Beitrag zur Wahlmüdigkeit“ und senkten die demokratische Legitimation der Gewählten.

**Monika Düker**, Fraktionsschefin der Grünen, bezeichnete die Pläne der CDU-Fraktion als „rein interessengeleiteten Demokratieabbau“. Bei Stichwahlen sei sichergestellt, dass sich die Gewählten auf eine „breite demokratische Legitimation“ stützen könnten.

**Henning Höne** (FDP) empfahl eine „inhaltliche Diskussion“ und „verbale Abrüstung“. Stichwahlen seien im deutschen Wahlrecht die Ausnahme und nicht die Regel. Dass sie zu einer höheren Legitimation und mehr Akzeptanz führten, sei zu bezweifeln.

„Stichwahlen dürften uns als Partei nicht dienlich sein, aber sie dienen der Demokratie“, sagte **Helmut Strotebeck** (AfD). Zudem fragte er, was dagegen spreche, auch den Ministerpräsidenten direkt wählen zu lassen.

Innenminister **Herbert Reul** (CDU) verwies darauf, dass die Wahlbeteiligung bei Stichwahlen geringer sei als im ersten Wahlgang. Deshalb sei es legitim, über eine Abschaffung nachzudenken. Dies sei keine Gefährdung der Demokratie. Er warb für eine „nüchterne“ Debatte über dieses Thema.

# Shisha-Bars in der Kritik

## Landtag debattiert über Gesundheitsgefahren und Kriminalität

15. November 2018 – Der Landtag hat in einer Aktuellen Stunde über Gefahren debattiert, die von sogenannten Shisha-Bars ausgehen. Anlass war ein Vorfall in Bochum am 10. November 2018, bei dem mehrere Gäste Kohlenmonoxid-Vergiftungen erlitten hatten.

Die Fraktionen von CDU und FDP hatten die Aktuelle Stunde beantragt („Unsichtbare Gefahren von Shisha-Bars erkennen und konsequent einschreiten“, 17/4164). In der Bochumer Innenstadt sei eine Shisha-Bar Medienberichten zufolge wegen erhöhter Kohlenmonoxidwerte komplett geräumt worden. Sechs Menschen hätten Vergiftungen erlitten, zwei seien in eine Spezialklinik gebracht worden. Allerdings gingen von den Bars nicht nur gesundheitliche Gefährdungen aus (siehe Kasten). Sie seien auch „Rückzugsorte für kriminelle Geschäfts-

Halbweltgestalten“, davor dürfe man nicht die Augen verschließen. Die „Nordrhein-Westfalen-Koalition“ habe der Clankriminalität durch „spürbaren Kontroll- und Verfolgungsdruck klar den Kampf angesagt“. Es gehe aber nicht darum, eine ganze Branche unter Generalverdacht zu stellen, betonte Lürbke. Nicht jede Shisha-Bar im Land verstoße gegen Gesetze.

CDU und FDP seien nun „endlich in der gesellschaftlichen Realität angekommen“, kommentierte [Serdar Yüksel](#) (SPD) den Antrag auf die Aktuelle Stunde. Er forderte, den Nichtrau-

Vergiftungen. Diese könnten tödlich enden, selbst Verletzungen schädigten das Gehirn dauerhaft. Seine Fraktion fordere daher CO-Melder in allen Shisha-Bars sowie ein Wasserpfeifen-Rauchverbot – nur Dampfen solle erlaubt sein.

Für die AfD-Fraktion kritisierte [Dr. Martin Vincentz](#) den Zeitpunkt der Landtagsdebatte. Er betonte, dass die Gefahr von Kohlenmonoxid-Vergiftungen in Shisha-Bars seit Langem bekannt sei. Die Ärztekammer beispielsweise habe schon vor Jahren davor gewarnt. Das Problem entstehe, wenn Kohlenstoff bei zu wenig Frischluftzufuhr verglühe und dabei Kohlenmonoxid entstehe. Es sei unverständlich, dass es erst einer traurigen Aktualität bedürfe, um eine „wissenschaftliche Banalität“ im Plenum zu diskutieren. Dennoch sei es gut, dass diese Diskussion nun überhaupt stattfinde.

Innenminister [Herbert Reul](#) (CDU) sagte, Shisha-Bars schössen wie Pilze aus dem Bo-



Fotos: Schälte

Thomas Schnelle (CDU)

Marc Lürbke (FDP)

Serdar Yüksel (SPD)

Mehrdad Mostofizadeh (Grüne)

Dr. Martin Vincentz (AfD)

Innenminister  
Herbert Reul (CDU)

modelle“. Die Fraktionen nannten in diesem Zusammenhang die „Clankriminalität“.

Der Vorfall in Bochum sei kein Einzelfall, sagte [Thomas Schnelle](#) (CDU). In fast allen größeren Städten Nordrhein-Westfalens sei es in Shisha-Bars bereits zu lebensgefährlichen Kohlenmonoxid-Vergiftungen gekommen. Betreiber ignorierten Gesetze und Ordnungsverfügungen. Schnelle sprach von „undurchsichtigen Milieus“ und „immer wiederkehrenden Rechtsverstößen“. Dies sei bei Razzien festgestellt worden. Als Beispiele nannte er u.a. Tabaksmuggel, Verstöße gegen das Nichtraucherschutzgesetz, Steuerhinterziehung, illegalen Alkoholausschank, illegale Spielautomaten und Mindestlohn-Verstöße.

Die FDP habe nichts gegen ordnungsgemäß betriebene Shisha-Bars, sagte [Marc Lürbke](#). Den „Schwarzen Schafen der Branche“ müsse man jedoch „konsequent auf den Füßen stehen“, geltendes Recht müsse umgesetzt werden. Bestimmte Bars seien „Rückzugsorte für diverse

cherschutz in NRW konsequent durchzusetzen. Die Zigarette in der Eckneipe sei verboten, Shisha-Bars hingegen seien erlaubt – „diese Ungleichbehandlung spaltet die Gesellschaft“, warnte Yüksel. Bei der Kontrolle der Bars auf die Kommunen zu verweisen, sei keine gestalterische Politik. Es gehe um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in NRW – auch die der Bar-Angestellten –, deshalb müsse die Landesregierung tätig werden.

### „Tödliche Gefahr“

„Der Antrag auf die Aktuelle Stunde ist nichts anderes als ein Misstrauensvotum gegen die Minister Reul und Laumann“, befand [Mehrdad Mostofizadeh](#) (Grüne). Denn die Landesregierung verweise auf die Zuständigkeit der Kommunen, ohne selbst tätig zu werden. Der Gebrauch von Shishas sei gefährlich, betonte er. Mangelnder Sauerstoff bei der CO-Verbrennung führe zu Kohlenmonoxid-

den, weil in ihrem Umfeld Kriminalität durch Familiencans gedeihe. Um das Problem dieser Familiencans, die ganzen Stadtvierteln ihre Regeln aufzwängten, habe sich aber jahrelang niemand gekümmert. Reul kündigte an, dass er diese Kriminalität „mit aller Konsequenz“ bekämpfen wolle. Dazu seien drei Schritte notwendig: der Kampf gegen die organisierte Kriminalität, das konsequente Durchführen von Razzien, um die Kontrolldichte zu erhöhen, und Angebote an Clanmitglieder, die aussteigen wollten.

*zab, sow, wib*

### Shisha-Bars

In Shisha-Bars können Gäste Wasserpfeife rauchen. Dabei wird spezielle Kohle eingesetzt. Beim Verglühen der Kohle entsteht Kohlenmonoxid (CO). Vor allem in geschlossenen Räumen kann die CO-Konzentration für Menschen gefährlich werden. Das giftige Gas ist farb-, geruch- und geschmacklos.

# Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

**Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen** | [17/4115](#) | SPD | 1. Lesung am 14. November 2018 | Überweisung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

**Gesetz zur Ausführung der Insolvenzordnung (AG InsO)** | [17/3947](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 14. November 2018 | Überweisung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung des Landesamtes für Finanzen und zur Ablösung und Änderung weiterer Gesetze** | [17/4097](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 14. November 2018 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Prüfung der Wahlen zum Landtag des Landes NRW** | [17/4112](#) | CDU, SPD, FDP, Grüne | 1. Lesung am 14. November 2018 | Überweisung an den Wahlprüfungsausschuss

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine NRW (Tierschutz VMG NRW)** | [17/4107](#) | SPD und Grüne | 1. Lesung am 15. November 2018 | Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

**Zweites Gesetz zur Änderung des Landesaltenpflegegesetzes** | [17/3557](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 15. November 2018 | angenommen

**Elfte Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums des Innern** | [17/3699](#) und [17/4154](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 15. November 2018 | angenommen

**Gesetz über Gleichen Lohn für Gleiche Arbeit – Anpassung der Lehrerbesoldung an ihre Ausbildung (Lehrerbesoldungsgleichstellungsgesetz)** | [17/3812](#) | SPD | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

**Gesetz für einen qualitativ sicheren Übergang zu einem reformierten Kinderbildungsgesetz** | [17/3773](#) | Landesregierung | Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | in Beratung

**Gesetz zur Stärkung religiöser und weltanschaulicher Neutralität der Justiz des Landes Nordrhein-Westfa-**

**len** | [17/3774](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und weiterer wahlrechtlicher Vorschriften** | [17/3776](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetzes** | [17/3778](#) | Landesregierung | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

**Gesetz zur Umsetzung der Pflegeberufereform in Nordrhein-Westfalen** | [17/3775](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Gesetz zur Stärkung der Abgeordnetenrechte)** | [17/3801](#) | AfD | Rechtsausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Wohn- und Teilhabegesetzes** | [17/3777](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)** | [17/3300](#) und [17/4100](#) | Landesregierung | Finanzplanung 2018 bis 2022 | [17/3301](#) | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsgesetz 2019)** | [17/3303](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

**Ausführungsgesetz zu § 47 Abs. 1 b AsylG** | [17/2993](#) | Landesregierung | Integrationsausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2019 (Gemeindefinanzierungsgesetz – FFG 2019)** | [17/3302](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Nachtragshaushaltsgesetz 2018)** | [17/3400](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

**Ergänzung des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags Nordrhein-Westfalen** | [17/3587](#) | AfD | Rechtsausschuss | in Beratung

**Drittes Gesetz zur Änderung des Landesjagdgesetzes und zur Änderung anderer Vorschriften** | [17/3569](#) | Landesregierung | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

**Zweites Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden und Gemeindeverbände im Land Nordrhein-Westfalen und weiterer kommunalrechtlicher Vorschriften (2. NKFW-Weiterentwicklungsgesetz – 2. NKFWG NRW)** | [17/3570](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

**Viertes Gesetz zur Änderung des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen – Erweiterung der untergesetzlichen Normenkontrolle nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung** | [17/3580](#) | CDU und FDP | Rechtsausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Abschiebungshaftvollzugsgesetzes Nordrhein-Westfalen** | [17/3558](#) | Landesregierung | Überweisung an den Integrationsausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen** | [17/3005](#) | SPD und Grüne | Hauptausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und wahlrechtlicher Vorschriften (Kommunalvertretungsdemokratisierungsgesetz)** | [17/1447](#) | AfD | Hauptausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes (AG-TPG) vom 9. November 1999 in der Fassung vom 13. Februar 2016** | [17/2121](#) | CDU und FDP | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

**Gesetz zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in Bereichen besonderen öffentlichen Bedarfs des Landes Nordrhein-Westfalen (Landarztgesetz Nordrhein-Westfalen - LAG NRW)** | [17/3037](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

# Eine Frage der Zeit

## Aufenthaltsdauer von Flüchtlingen in Landeseinrichtungen

31. Oktober 2018 – Kommunen sollen sich bei der Integration von Flüchtlingen künftig grundsätzlich auf Asylsuchende mit Bleiberecht konzentrieren können. Dies betont die Landesregierung in einem Gesetzentwurf. Um die Städte und Gemeinden dabei zu unterstützen, will sie andere Personen, „die nach einer Prüfung in einem rechtsstaatlichen Verfahren nicht schutzbe-rechtigt sind“, noch aus den Aufnahmeeinrichtungen des Landes heraus in ihre Heimatländer zurückführen lassen. Sie sollen den Kommunen nicht mehr zugewiesen werden. Im Gegenzug ist eine Ausdehnung der maximalen Aufenthaltsdauer in den Einrichtungen von derzeit sechs auf 24 Monate vorgesehen.

In einer gemeinsamen Sitzung des Integrationsausschusses sowie des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend äußerten sich Sachverständige zum entsprechenden Gesetzentwurf der Landesregierung („Ausführungsgesetz zu § 47 I b AsylG“, 17/2993). Das Asylrecht sehe „eine Öffnungsklausel vor, bestimmte Asylsuchende zum längeren Aufenthalt in Aufnahmeeinrichtungen zu verpflichten (bis zu 24 Monate)“, heißt es in dem Entwurf. Dabei handle es sich um Flüchtlinge, über deren Asylantrag noch nicht entschieden oder deren Antrag abgelehnt wurde. Familien mit minderjährigen Kindern sollen den Kommunen weiterhin nach sechs Monaten zugewiesen werden, „auch wenn noch kein Erstbescheid ergangen ist“.

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW (Städtetag, Landkreis-tag sowie Städte- und Gemeindebund) unterstützt den Gesetzentwurf. Er entspreche einer langjährigen eigenen Forderung. Es sei zu begrüßen, „dass das Land von der bundesgesetzlichen Ermächtigung umfänglich Gebrauch machen will“, hieß es in einer Stellungnahme für die Ausschüsse. Man gehe davon aus, „dass die entsprechenden Einrichtungen des Landes für eine längerfristige Unterbringung, Betreuung und Versorgung der Menschen baulich und organisatorisch geeignet sind“.

### „Ohne Bleibeperspektive“

Zustimmend äußerte sich auch die Stadt Essen. Zu bedenken sei jedoch, „dass die vorgesehene Regelung nur dann sinnvoll ist, wenn der betroffene Personenkreis ohne Bleibeperspektive nach 24 Monaten auch wirklich das Land verlassen hat“. Eine Zuweisung an die Kommunen nach zwei Jahren „dürfte sich im Hinblick auf die ohnehin problematischere Integration der Personen verstärkt ungünstig auswirken“.

Das Ziel, die Kommunen entlasten zu wollen, sei nachvollziehbar, befand der Landesintegrationsrat NRW in seiner Stellungnahme. Den Gesetzentwurf lehne man aber ab: „Anstelle

von Wartelagern braucht es Konzepte zur dezentralen Unterbringung in überschaubaren Einheiten.“ Allen Flüchtlingen müssten die gleichen Chancen auf Integration eingeräumt und der Aufenthalt in den Landeseinrichtungen „so kurz wie möglich“ gestaltet werden.

### „Lediglich verzögert“

Die Landesregierung argumentiere mit Flüchtlingszahlen aus dem Jahr 2015, hieß es in der Stellungnahme des beim Paritätischen angesiedelten Gesundheitszentrums für Migrantinnen und Migranten (Köln). 2015 habe Deutschland 890.000 Flüchtlinge aufgenommen, 2017 seien es 186.444 gewesen. Außerdem würden die Zuweisungen an die Kommunen durch die neue Regelung „nicht verringert, sondern lediglich verzögert“. Das Zentrum sprach auch gesundheitliche Aspekte an: „Fehlende Selbstbestimmung sowie der eingeschränkte Zugang zu zen-

tralen gesellschaftlichen Funktionsbereichen gelten als Bedingungen, die insbesondere bei bereits psychisch belasteten Personen zu einer massiven Verschlechterung des Gesundheitszustands führen können.“

Es sei „inhuman, Geflüchtete, deren Asyl-anträge als unzulässig erklärt wurden oder die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit ‚offensichtlich unbegründet‘ abgelehnt wurden, bis zu 24 Monate in Landesunterkünften zu isolieren, lagerähnlich unterzubringen und von dort aus zur Ausreise anzuhalten bzw. ansonsten abzuschicken“, hieß es in der Stellungnahme der Freien Wohlfahrtspflege NRW. Insbesondere bei einer bis zu 24-monatigen Wohnverpflichtung entstünden „Orte der Entrechtung, der Verzweiflung und der Perspektivlosigkeit“, an denen auch die Gewalt zunehmen werde. Die „mangelnde Öffnung zur Zivilgesellschaft“ könne dazu beitragen, „dass Vorurteile und Hass auf Flüchtlinge zunehmen werden“.

Der Flüchtlingsrat NRW und die Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender (GGUA) lehnten eine längere Wohnverpflichtung ebenfalls ab. Sie führe zu Desintegration und Isolation und berge „hohes Konfliktpotenzial“, so der Flüchtlingsrat. Bereits die jetzige Höchstdauer von sechs Monaten sei „in der Regel schädlich für die soziale Integration und das individuelle Wohlbefinden“. Die GGUA sprach von „Abschottungs- und Abschreckungspolitik“.

zab

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 8 und 9.

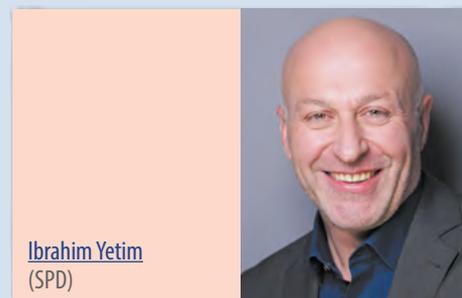
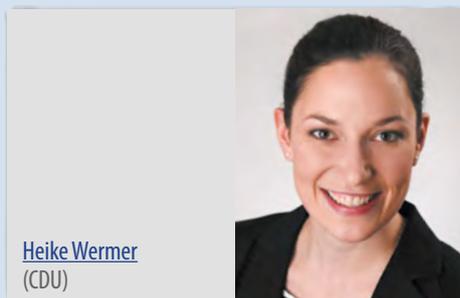
Foto: Schälte



SCHWERPUNKT

# Standpunkte

## Meinungen zu „Aufenthaltsdauer von Flüchtlingen in Landeseinrichtungen“



**Bei der Integration von Flüchtlingen sind Kommunen ...**

... der Dreh- und Angelpunkt. Sie haben bei der Flüchtlingsaufnahme unter enormen Anstrengungen wirklich Großes geleistet. CDU und FDP haben daher schon im Koalitionsvertrag versprochen, die Kommunen stärker zu entlasten – und das halten wir auch. Zum Beispiel mit dem Stufenplan zur Steuerung des staatlichen Asylsystems und zusätzlichen Finanzmitteln.

... die wichtigsten Akteure, denn Integration findet vor Ort statt. Sie tragen damit aber auch die größte Last. Dabei geht es u. a. um die Bereiche Unterbringung, Sprachkurse, Kita und Schule, Arbeits- und Ausbildungsmarkt und gesundheitliche Versorgung. Die Kosten dafür stemmen die Kommunen bisher zum größten Teil selbst. Das Land lässt die Kommunen im Stich, da die Integrationspauschale des Bundes nicht vollständig an die Kommunen weitergeleitet wird.

**Abgelehnte Asylsuchende ...**

... müssen möglichst konsequent und schnell bereits aus den Landeseinrichtungen heraus in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Unser Ziel ist es, nach Möglichkeit nur noch anerkannte Flüchtlinge auf die Kommunen zu verteilen. Das ist nur fair, denn so können die Kommunen sich bei der Integration auf diejenigen konzentrieren, die auch wirklich in unserem Land bleiben.

... sind bis zu ihrem Ausreisetermin so zu behandeln wie anerkannte Flüchtlinge. Das Land muss sich für einen dauerhaften Aufenthaltsstatus für Geduldete einsetzen, der ihnen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Die Verfahren des Bundes müssen optimiert und beschleunigt werden, um klare Perspektiven für die Asylsuchenden, aber auch die aufnehmenden Kommunen zu schaffen.

**Eine längere Aufenthaltsdauer in den Landeseinrichtungen ...**

... wird die Kommunen nachhaltig entlasten. Wir erhoffen uns davon auch, die Rückführungen derjenigen, die nicht in Deutschland bleiben dürfen, zu beschleunigen. Ausgenommen davon sind natürlich Familien mit minderjährigen Kindern, die einen besonderen Schutzbedarf haben. Sie sollen spätestens nach 6 Monaten den Kommunen zugewiesen werden, unabhängig davon, ob schon ein Bescheid vom BAMF vorliegt.

... wird in den Kommunen zu unabsehbaren Folgekosten führen, denn sie verzögert lediglich die Zuweisung und Integration der Geflüchteten um zwei Jahre. Dann müssen sich die Kommunen auf die „Nachholende Integration“ einstellen, die vor allem die Bereiche des Gesundheitssystems oder der sozialen Eingliederung betrifft. Faktisch findet also keine Entlastung der Kommunen statt.

**Die persönliche Situation der Betroffenen ...**

... haben wir dabei immer im Blick. Wir sind überzeugt davon, dass eine bessere Steuerung bei der Zuweisungspraxis denjenigen hilft, die schutzberechtigt sind. Es gilt, die Integrationschancen derjenigen mit Bleibeperspektive nachhaltig zu verbessern.

... wird durch den längeren Aufenthalt in den Aufnahmeeinrichtungen drastisch verschlechtert. Der Lebensalltag in den Landesunterkünften führt zu Unsicherheit und Perspektivlosigkeit. Konfliktpotenziale sind vorprogrammiert. Der Schutz der Kinder muss unbedingt gewährleistet werden. Spätestens nach drei Monaten müssen Kinder in den Regelschulen beschult werden, und zwar unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.



... ein wichtiger Akteur. Deshalb will die NRW-Koalition die Städte und Gemeinden spürbar entlasten, indem Asylsuchende mit geringer Bleibeperspektive nicht mehr auf die Kommunen verteilt werden. Die Kommunen sollen ihr Engagement bei der Integration vor Ort auf die Menschen konzentrieren können, die voraussichtlich in unserem Land bleiben werden.

... wollen wir möglichst direkt aus den Landeseinrichtungen zurückführen. Allerdings stehen hier auch die Bundesminister Seehofer und Maas sowie das BAMF in der Verantwortung. Die Dauer der Asylverfahren muss weiter verkürzt und ihre Qualität verbessert werden. Ebenso müssen Rückführungen beschleunigt werden zum Beispiel durch Abkommen mit den Herkunftsländern und die Beschaffung von Passersatzpapieren.

... für nicht schutzberechtigte Asylsuchende ist erforderlich, um Rückführungen leichter organisieren zu können als bei einer Verteilung in der Fläche. Damit werden wir künftig auch die Zahl derjenigen Geduldeten deutlich reduzieren, die ohne Perspektive von den Kommunen versorgt werden müssen.

... berücksichtigen wir, indem wir differenzieren zwischen nicht schutzberechtigten Asylsuchenden und Menschen mit Bleibeperspektive, bei denen wir auf eine schnelle Integration in unsere Gesellschaft setzen. Bei Familien mit minderjährigen Kindern achten wir deren Schutzbedürfnis, indem nach 6 Monaten eine Zuweisung an die Kommunen erfolgt, wenn das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist.



... unverzichtbare Partner für die Landespolitik. Dafür gilt es, sie noch stärker zu unterstützen. Sie müssen die Integrationspauschale vollständig weitergeleitet bekommen und dauerhaft von den Aufwendungen für Geduldete entlastet werden. Der Asylstufenplan von Minister Stamp dagegen trägt nicht zur Entlastung der Kommunen bei, denn durch die späte Zuweisung der Geflüchteten entstehen enorme Folgekosten.

... sind erst einmal ausreisepflichtig. Allerdings zeigt sich in der Praxis, dass viele von ihnen letztlich doch aus berechtigten Gründen länger oder teilweise dauerhaft hier bleiben dürfen. Daher ist es wichtig, unabhängig von der sogenannten Bleibeperspektive, dass alle Geflüchteten von Anfang an die Möglichkeit bekommen, an Integrationsmaßnahmen teilnehmen zu können.

... wie sie Flüchtlingsminister Stamp mit seinem Asylstufenplan durchsetzen will, befördert durch die isolierte Unterbringung von bis zu 24 Monaten massive Probleme. Für Erwachsene besteht ein Arbeitsverbot, Kinder und Jugendliche können weder in die Kita noch zur Schule gehen. Wir fordern eine menschenwürdige und integrative Unterbringung von Geflüchteten, statt sie abzuschotten und abzuhängen.

... wird durch die Kasernierung geprägt sein von Perspektivlosigkeit und Frustration. Experten warnen davor, dass dadurch die Wahrscheinlichkeit zunimmt, an psychischen Störungen zu erkranken. Insbesondere für Kinder ist die Situation besonders prekär. Hier geht nicht nur wertvolles Integrationspotenzial verloren, es ist auch ein klarer Bruch von international verankerten Kinderrechten.



... die direkten Ansprechpartner vor Ort, womit ihnen neben einer umfangreichen und komplexen Aufgabenstellung auch eine besonders hohe Verantwortung zukommt. So müssen sich die zuständigen Behörden und ebenso ihre ehrenamtlichen Helfer vor Ort ganz besonders auf die Menschen konzentrieren, die absehbar länger oder sogar dauerhaft in unserem Land bleiben werden.

... müssen so schnell wie möglich wieder in ihr Herkunftsland oder in das Land zurückkehren, welches für ihr Asylbegehren verantwortlich ist. Je kürzer die Bleibezeit, desto geringer die Kosten, die dem Steuerzahler ungerechtfertigt aufgebürdet werden. Und auch die unbestreitbare Verantwortung, unerfüllbare Hoffnungen aufseiten der Asylsuchenden weitestgehend zu vermeiden, gebietet eine möglichst rasche Rückführung.

... sorgt nicht nur für Entlastung der Kommunen, sondern ist sinnvoll im Hinblick auf eine schnelle Verfahrensabwicklung. Nur eine sorgfältige Prüfung mit adäquatem Zeitrahmen sichert eine gerechte, menschenwürdige und den Bedürfnissen aller Beteiligten angemessene Behandlung, die die Individualität der einzelnen Fälle berücksichtigt; Zeitdruck hingegen verursacht Fehlentscheidungen.

... ist ein zu berücksichtigender Faktor, kann aber nur in Ausnahmefällen Maßstab für die Verteilung der Flüchtlinge auf bestimmte Unterbringungseinrichtungen sein. An vorderster Stelle muss die Effizienz bei der Abarbeitung von Asylverfahren stehen, insbesondere auch unter zeitlichen Aspekten: Schnelle Verfahren kommen nicht nur den Haushalten, sondern nicht zuletzt auch den Betroffenen zugute.

# „Nie wieder“ – Gedenken an die

9. November 2018 – In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 begann mit der Pogromnacht die systematische Verfolgung jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger im nationalsozialistischen Deutschland. Mit einer bewegenden Gedenkstunde haben Landtag und Landeshauptstadt Düsseldorf an die Opfer und die Ereignisse vor 80 Jahren erinnert. Dabei ging ein Blick auch in die Gegenwart – mit eindringlichen Appellen gegen Antisemitismus.

Der Präsident des Landtags, André Kuper, konnte auch im Namen der Vizepräsidentinnen und des Vizepräsidenten mehrere Hundert Gäste im Plenarsaal begrüßen. In seiner Rede erinnerte er an die schrecklichen Ereignisse der Pogromnacht. Er sagte: „Synagogen brannten, Geschäfte wurden geplündert, jüdische Menschen gedemütigt, geschlagen und getötet.“ Der Präsident betonte: „Nie wieder! Das ist nicht nur ein Spruch auf irgendeinem Transparent, sondern damit ist es uns ernst. Wir dulden nicht, was wir in Chemnitz gesehen haben in diesem Sommer. Und unsere Gedanken sind in diesen Tagen besonders bei den Angehörigen der Opfer von Pittsburgh! Wir werden wachsam sein und wehrhaft.“

Oberbürgermeister Thomas Geisel sagte, die Düsseldorfer Mahn- und Gedenkstätte habe mit ihrem erschütternden Forschungsbericht zur Pogromnacht die Dimension der schrecklichen Ereignisse von 1938 schonungslos offengelegt. „Diese grausame Vergangenheit mit mindestens 127 Opfern auf dem NRW-Gebiet ist unsere



Sie erinnerten an das Grauen von vor 80 Jahren: Der Präsident des Landtags, André Kuper (2.v.l.), mit (v.l.) dem Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf, Thomas Geisel, Hanna Sperling, Vorsitzende des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe, und Ministerpräsident Armin Laschet.

heutige Verpflichtung, dem aktuell wachsenden Antisemitismus mit aller Kraft zu begegnen.“

Ministerpräsident Armin Laschet erinnerte daran, dass am Anfang der Judenverfolgung eine Verrohung der Sprache gegen jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger gestanden habe. „Was mit dieser Verrohung der Sprache angefangen hatte, fand wenige Jahre später in der Nacht des Schreckens, der Gewalt und der Willkür einen ersten traurigen Höhepunkt.“ Auch heute, 80 Jahre später, müssten insbesondere jungen Menschen die Ereignisse dieser Nacht begreifbar gemacht werden. Er dankte daher Düsseldorfer Schülerinnen und Schülern, die das Pro-

gramm der Veranstaltung mitgestalteten. Sie übernahmen damit Verantwortung für eine gerechte und friedliche Gesellschaft.

## Schicksal einer Familie

Einen besonders emotionalen Moment erlebten die Gäste der Veranstaltung durch den Kurzfilm der Berliner Filmemacherin Jessica Jacoby (siehe auch Interview S. 11). Sie zeichnet darin das Porträt ihrer Familie: Ihre Großeltern hatten den Pogrom in Düsseldorf überlebt und waren 1941 ins Vernichtungslager Maly Trostinez bei Minsk deportiert und dort ermordet worden.

Zum Ende der Veranstaltung mahnte Hanna Sperling, die Vorsitzende des Landesverban-

Fotos: Schälte

# Pogromnacht vor 80 Jahren



Schülerinnen und Schüler des Düsseldorfer St.-Ursula-Gymnasiums gestalteten das Programm mit.

des der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe, nochmals eindringlich: „Der wachsende Antisemitismus ist eine Bedrohung für den Bestand unserer demokratischen Zivilgesellschaft. Die früher unterschwellig vorhandenen Ressentiments gegen Juden oder stellvertretend gegen den Staat Israel werden immer offener kommuniziert – in den Medien, im Internet, auf offener Straße, auf Schulhöfen. Wir vertrauen darauf, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung bereit ist, der Radikalisierung unserer Gesellschaft Einhalt zu gebieten.“

*Red*

Ein Video zur Gedenkstunde finden Sie unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de).



## „Wehret den Anfängen“

### Filmemacherin Jessica Jacoby über ihre jüdischen Wurzeln in Nordrhein-Westfalen und eine späte Genugtuung

**Frau Jacoby, Ihre jüdischen Großeltern, Ella und Arthur Jacoby, lebten in Düsseldorf, als Nationalsozialisten im Zuge der Reichspogromnacht die Synagoge verbrannten und marodierend durch die Straßen zogen. Wie ist es für Sie, an diesen Ort zurückzukehren?**

Einerseits ist die Beschäftigung mit der Shoa, dem Nationalsozialismus und der jüdischen Geschichte ein Teil meines Lebens und auch meiner beruflichen Arbeit. Es ist mein Lebensthema. Andererseits ist es auch eine Freude, in Düsseldorf zu sein, weil hier ein Teil meiner Familie gelebt hat. Die Wurzeln reichen mindestens zurück bis ins 19. Jahrhundert, wobei etliche Mitglieder meiner jüdischen Familie von den Nationalsozialisten ermordet wurden.

**Was hat den Anstoß dazu gegeben, die Dokumentarfilm-Trilogie „Roads“ zu drehen?**

Es gab mehrere Anstöße. Zunächst der Besuch bei meiner Tante in Südafrika vor rund 25 Jahren: Sie hat mir eine Familienchronik gegeben, aus der hervorging, dass es bei uns mehr Überlebende des Nationalsozialismus gab, als ich damals dachte. Das war eine große Überraschung und Entdeckung, zumal mein Vater immer behauptet hatte, er und seine Schwester seien die einzigen gewesen. Ich habe angefangen zu forschen, zu recherchieren – und Verwandte ausfindig gemacht, die durch Migration überlebt haben. Oder weil sie sich versteckt haben. Ein Cousin meines Vaters aus Köln hat sogar vier Konzentrationslager überlebt. Es war eine große Freude festzustellen, wie viele Parallelen es bei den Verwandten weltweit gibt, obwohl wir in so unterschiedlichen Kontexten aufgewachsen sind. Das war letztlich das Hauptmotiv für die Dreharbeiten: Ich wollte eine epische Geschichte über meine Familie erzählen.

**Was bedeutet es für Sie, 80 Jahre nach der nationalsozialistischen Reichspogromnacht zu einer Mahn- und Gedenkveranstaltung in den Landtag eingeladen zu werden?**

Dass meine Familie auf diese Weise geehrt und den Ermordeten ihre Würde und ihre

Ehre zurückgegeben wird, die die Nationalsozialisten mit Füßen getreten haben, ist für mich eine große Genugtuung und eine große Befriedigung. Und es ist eine Freude, dass Schülerinnen und Schüler auf eine so beeindruckende und reife und so entschiedene Weise selbst entwickelte Texte gesprochen haben. Das zeigt, dass es in Deutschland eine fantastische Bildungsarbeit gibt. In meiner Kindheit und Jugend wäre so etwas undenkbar gewesen. Eine Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus fand an Schulen nicht statt und ich bin beeindruckt, wie sich das verändert hat. Das ist großartig.

**Wie wichtig ist das öffentliche Gedenken an die Verbrechen der Nationalsozialisten?**

Sehr wichtig – damit sich die Geschichte nicht wiederholt. Vor diesem Hintergrund blicke ich mit Sorge auf die zunehmende Ausgrenzung und den zunehmenden Hass gegenüber Minderheiten. Das gefährdet die Demokratie, die wir alle wollen und brauchen und die alternativlos ist. Die Demokratie wird meines Erachtens in Deutschland und weltweit bedroht durch Rattenfänger und diejenigen, die manipulieren, einfache Lösungen für komplexe Sachverhalte anbieten und so auf Stimmenfang gehen. Das ist erschreckend. Daher kann ich nur sagen: Wir müssen wachsam sein: Wehret den Anfängen!

*Das Interview führte Thomas Becker*

### Zur Person

Jessica Jacoby, Jahrgang 1954, lebt als Historikerin und Filmemacherin in Berlin. Einer ihrer Großväter war der Regisseur Veit Harlan („Jud Süß“), der andere der Jude Arthur Jacoby, der mit seiner Ehefrau Ella Jacoby die Reichspogromnacht in Düsseldorf überlebte und 1941 ins Vernichtungslager Maly Trostinez bei Minsk deportiert und dort ermordet wurde.



# Sitzung

## AUS DEN FRAKTIONEN

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

### Investitionen in die Vermittlung von Medienkompetenz

Medien und Technik verändern sich schneller, als die meisten von uns hinterherkommen. Die Digitalisierung verändert alle Bereiche unseres Lebens, vor allem auch unsere Art zu kommunizieren und uns zu informieren. Deshalb braucht NRW moderne Angebote, um Medienkompetenz, also den kritischen, verantwortungsbewussten, aber auch kreativen Umgang mit Medien, erfolgreich und nachhaltig zu vermitteln. Aus diesem Grund haben die Fraktionen von CDU und FDP für den kommenden Landeshaushalt 2019 eine Million Euro mehr für die Medienkompetenzförderung eingeplant. Den geeigneten Rahmen, um diese gute Nachricht zu verkünden, bildete der vom Landtag NRW,

dem Grimme-Institut und der Landesregierung veranstaltete Tag der Medienkompetenz. Der NRW-Koalition ist es wichtig, dass niemand von den rasanten Entwicklungen in der digitalen Welt abgehängt wird. Daher wollen wir die Medienkompetenz in der Fläche verstärken



und deshalb direkt zu den Menschen kommen. Mit dem Geld können gezielte „Ausprobier- und Mitmachaktionen“ finanziert werden, die hohe Potentiale bei der Vermittlung von Kompetenzen der digitalen Welt haben. So bringen wir z. B. Technologien wie 3D-Druck oder Robotik in den ländlichen Raum oder können im mobilen Zukunftslabor Workshops und Experimente anbieten. Denn Medienkompetenz ist enorm wichtig für politische und gesellschaftliche Teilhabe.



### Pflegekammer NRW – alle Beschäftigten beteiligen!

Wir erleben derzeit eine große Debatte um die Zukunft der Pflege. Auch in NRW wird die Zahl der pflegebedürftigen Menschen immer weiter steigen. Derzeit sind es rund 640.000 Menschen. Was wir neben einer professionellen, hochwertigen und qualitativ guten Pflege brauchen, sind vor allem gut qualifizierte und

hoch motivierte Beschäftigte. Zu einer Modernisierung und Aufwertung der Pflege gehört daher auch die Diskussion um die Frage einer Interessenvertretung für Pflegenden in NRW.

Die SPD-Fraktion hat sich in der Frage frühzeitig und klar positioniert: „Für uns ist es unabdingbar, dass die Interessen der Beschäftigten in der Pflege gestärkt werden müssen. Voraussetzung dafür ist aber eine umfassende Beteiligung aller Pflegenden in Nordrhein-Westfalen“, sagt der gesundheitspolitische Sprecher Josef Neumann. Die Landesregierung allerdings hat nur rund 1.500 Pflegekräfte in einer Stichprobe danach befragt, ob sie eine Pflegekammer in NRW wünschen.

„Aus zahlreichen Fachveranstaltungen und Gesprächen mit Beschäftigten in der Pflege wissen wir nur zu gut, dass es in der Sache einen großen Informationsbedarf gibt.“ Zu diesem Zweck hat die SPD-Fraktion im Oktober zu einem Landtags-Talk über eine Pflegekammer eingeladen. Viele Pflegenden fragen sich, was eine Kammer überhaupt leisten kann. Welche Vorteile bringt eine Mitgliedschaft mit sich? Eine Stichprobe von 1.500 Personen kann diese Fragen aber nicht für alle Beschäftigten beantworten. Die SPD-Fraktion startet daher eine parlamentarische Initiative, mit der sie auf eine Beteiligung aller Beschäftigten durch Urabstimmung drängen wird.



## FDP-Fraktion: Gerichtsstandort Düsseldorf nach dem Brexit stärken

Wenn das Vereinigte Königreich im nächsten Jahr die Europäische Union verlässt, wird sich viel verändern. „Auch wenn die FDP-Fraktion den Brexit überaus bedauert, wollen wir die Chancen nutzen, die sich aus der Verlagerung von Unternehmen oder Institutionen ergeben“, erklärt Christian Mangan, rechtspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. Bei einem Werkstattgespräch der FDP-Landtagsfraktion ging es um die Frage, ob der Gerichtsstandort Düsseldorf durch



Einrichtung eines Commercial Courts – also einer Kammer für wichtige internationale Wirtschaftsverfahren – profitieren könnte.

Noch gilt London als der attraktivste Gerichts- und Schiedsstandort weltweit. Internationale Verträge werden in der Regel auf Englisch verfasst, Streitigkeiten werden üblicherweise auf Englisch verhandelt. „Es kann davon ausgegangen werden, dass die Attraktivität Londons als Gerichtsstandort negativ beeinflusst wird, wenn der Brexit vollzogen ist. Wir wollen bewährte Strukturen in NRW stärken. Die Errichtung eines Commercial Court würde die Attraktivität des Gerichtsstandorts NRW erhöhen“, betont Christian Mangan. Als Diskutanten hatte die Fraktion Prof. Dr. Rupprecht Podszun, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Anne-José Paulsen, ehemalige Präsidentin Oberlandesge-

richt Düsseldorf, Dr. Nikolas Hübschen, Uni-per, Dr. Thomas Kreifels, Freshfields Bruckhaus Deringer LLP, sowie Jörg Baack, Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen, eingeladen. Im Grundsatz waren sich alle Teilnehmer einig, dass durch geeignete Maßnahmen Düsseldorf zukünftig eine herausgehobene Stellung unter den internationalen Gerichtsständen einnehmen könnte. Deutlich wurde auch, dass die deutschen Gerichte auch für Streitigkeiten der mittelständischen Wirtschaft fit gemacht werden müssen, etwa durch Reformen bei den Kammern für Handelssachen.



## GRÜNE Ideen fürs Rheinische Revier: Was kommt, wenn die Kohle geht?

Der Kohleausstieg ist keine Frage mehr des Obs, sondern des Wanns. Wir GRÜNE sind deshalb der festen Überzeugung, dass das Rheinische Revier politisch unterstützt und mit einer modernen und vielfältig aufgestellten Wirtschaftsstruktur zukunftsfähig aufgestellt werden muss. Die Menschen in der Region brauchen eine langfristige Perspektive – und dazu gehört ein sozialverträglicher Ausstiegsplan aus der Braunkohle. Für uns ist aber auch klar, dass Bundes- und Landesregierung das Unternehmen RWE bei dieser Aufgabe nicht aus der Verantwortung entlassen dürfen. Nach vielen Gesprächen vor Ort und dem Austausch auf unserer Revierversammlung in Düren Ende September ist ein Ideenpapier entstanden, in dem wir fünf



Hauptforderungen für eine nachhaltige Umgestaltung des Rheinischen Reviers aufgestellt haben:

- Wir wollen die Region als Ganzes weiterentwickeln und die Kompetenzen der kommunalen, regionalen und der Landesebene zusammenführen.
- Eine umfassende Digitalstrategie, die das Revier zum Vorreiter macht, kann dem Strukturwandel den nötigen Wind in die Segel geben. Durch ein Netzwerk ‚Digitales Revier‘ und die Ausweitung der digitalen Verwaltung wird die Region fit für die Zukunft.
- Schnelles Breitband und ein ganzheitliches Verkehrskonzept für die Region sind die Grundvoraussetzung für eine wirtschaftliche Entwicklung und eine zukunftsfähige Mobili-

tät. Die Region soll Modellregion für das autonome Fahren werden.

- Die Region soll Pilot-Region für die digitale Energiewende werden. Dafür braucht es eine strategische Planung, wie sich die Region in Zukunft nachhaltig mit Energie versorgen möchte.
- Die Tagebaue im Rheinischen Revier zerstörten jahrzehntelang Natur und Umwelt. Daher muss der Naturschutz im Zuge des Strukturwandels stärker als bisher berücksichtigt werden.

Den dazugehörigen Plenarantrag findet man hier: <http://gruene.fr/xz>



## Signal der Menschlichkeit

Immer wieder dieser Tage liest man von der „Verrohung“ der Gesellschaft – ein Terminus, der hauptsächlich als politischer Kampfbegriff missbraucht wird und wenig Entsprechung im täglichen Leben findet. Was allerdings den Umgang der Akteure auf dem politischen Parkett angeht, ist man schon eher geneigt, dem zuzustimmen: Da werden Wahlversprechen dreist gebrochen, Fakten verdreht, da wird beleidigt und diffamiert. Ein mitunter äußerst beklagenswerter Zustand im Plenum. Aber wie sieht es außerhalb dieser Bühne aus, in dem Rahmen, in dem sich Politiker als Menschen begegnen?

Vor einigen Tagen war unser Fraktionsmitarbeiter Hans Braun während einer Sitzung des Gesundheitsausschusses im Düsseldorfer Landtag nach einem Herzstillstand zusammengebrochen. Nur Dank des beherzten Eingreifens

des SPD-Gesundheitspolitikers Serdar Yüksel und seiner Kollegin, der FDP-Abgeordneten Susanne Schneider, konnte Braun wiederbelebt werden. Weder Susanne Schneider noch Serdar Yüksel hatten auch nur eine Sekunde gezögert, als es darum ging, Hans Brauns Leben zu retten.

Serdar Yüksel sprach in einem Interview dazu später von einer „Selbstverständlichkeit“. Das ist es sicher auch. Aber es ist ebenso ein Signal an alle diejenigen, die die politische Auseinandersetzung, so scharf und manchmal unversöhnlich sie auch geführt wird, als Maßstab des Miteinanders verstehen. Denn dieser Maßstab ist ein anderer: Er orientiert sich selbst in der Kälte des Politalltags immer noch an der Menschlichkeit.

Und das ist ein gutes Signal. Denn es macht deutlich, dass wir eben noch nicht verroht sind.

Dass wir über Sachfragen streiten, erbittert mitunter, darüber aber unsere Gemeinsamkeiten und die Grundwerte unserer Gemeinschaft nicht vergessen haben. Wenn die scharfen politischen Auseinandersetzungen vor diesem Hintergrund geführt werden, dann gibt es noch Hoffnung für unser Land, für unsere Gesellschaft, für eine lebenswerte Zukunft und für ein gedeihliches Miteinander.

Nachtrag: Hans Braun befindet sich auf dem Wege der Besserung. Wir hoffen, ihn bald wieder bei uns zu haben.





Foto: Schälte

# AUS DEN AUSSCHÜSSEN

## Sportförderung

30.10.2018 – Die Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt, Andrea Milz, hat den Sportausschuss über das vom Kabinett gebilligte Förderprogramm „Moderne Sportstätten 2022“ unterrichtet. Nach ihren Angaben sollen Sportvereine und -verbände zwischen 2019 und 2022 insgesamt 300 Millionen Euro erhalten, um Sportstätten zu modernisieren und instand zu setzen, energetisch zu sanieren oder barrierefrei auszubauen. Mit diesem Förderprogramm wolle die Landesregierung Dank sagen für das ehrenamtliche Engagement der Vereine und Verbände. Das Geld müsse nicht zurückgezahlt werden. Anträge könnten bis zu 100 Prozent gefördert werden. Für die CDU-Fraktion sagte [Jens-Peter Nettekoven](#), die 300 Millionen Euro täten dem Sport gut. [Andreas Terhaag](#) (FDP) betonte, er freue sich, dass das Ehrenamt gewürdigt werde. Auch bei den Oppositionsfraktionen stieß das Vorhaben grundsätzlich auf Zustimmung. Allerdings stellten Vertreter von SPD und Grünen zahlreiche Nachfragen. [Ralf Jäger](#) (SPD) warnte etwa vor einer „Fehlsteuerung“, wenn bei der Förderung kein Unterschied zwischen Sportstätten in finanzstarken und finanzschwachen Kommunen gemacht werde. [Norwich Rüße](#) (Grüne) fragte nach, was passiere, wenn die von Vereinen genutzten Sportstätten im Besitz der Kommune seien.

## Handball-WM

30.10.2018 – Der Sportausschuss hat sich über die im Januar 2019 in Deutschland und Dänemark stattfindende Handball-Weltmeisterschaft informiert. Zu Gast war u. a. Mark Schober, Generalsekretär des Deutschen Handballbundes. Er berichtete, Ziel sei, für den Handballsport zu werben und insbesondere Kinder an den Sport heranzuführen. Nach seinen Angaben wird Deutschland mit Köln, Berlin, Hamburg und München vier Spielorte stellen. In Köln finden demnach vier Spieltage der Hauptrunde statt,

drei davon vermutlich mit deutscher Beteiligung. Vor Kurzem habe man zudem erfahren, dass die WM von ARD und ZDF übertragen werde. Nach Angaben von Schober hat der Handballbund rund 750.000 Mitglieder, davon 22 Prozent in Nordrhein-Westfalen.

## Dürre im Wald

31.10.2018 – Die Dürre in diesem Jahr hat die Bäume geschwächt und gleichzeitig Borkenkäfern ideale Bedingungen geliefert, um sich zu vermehren. Bis zu drei Generationen verschiedener Borkenkäfer hätten so in diesem Jahr die von der Trockenheit geschwächten Fichten befallen, wie Umweltministerin [Ursula Heinen-Esser](#) (CDU) dem Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz berichtete. Folge der Käferplage: In NRW müssen laut Ministerin so viele Bäume gefällt und aus den Wäldern abtransportiert werden, dass dabei 2,2 Millionen Kubikmeter Holz entstehen – 2,1 Millionen Kubikmeter davon stammen von Fichten. Blieben sie im Wald, vermehrte sich der Käfer weiter. Viel Holz auf dem Markt und zudem weniger wert – das bedeute für die Forstbetriebe einen wirtschaftlichen Schaden von etwa 80 Millionen Euro, erläuterte die Ministerin. Eine finanzielle Entschädigung für die abgestorbenen Bäume sei nicht geplant, antwortete sie auf Nachfrage von Abgeordneten. Rund 30 Prozent der Waldfläche in NRW besteht aus Fichten.

## Tod nach Brand in JVA

7.11.2018 – Der Rechtsausschuss hat sich erneut mit dem Tod des 26-jährigen Syrers Amed A. befasst. Der Mann hatte mehr als zwei Monate lang aufgrund einer Verwechslung in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Kleve eingesperrt, bevor er am 29. September 2018 an den Folgen eines Brandes in seinem Haftraum starb. Justizminister [Peter Biesenbach](#) (CDU) legte dem Ausschuss einen 60-seitigen Bericht ([Vorlage 17/1298](#)) zu dem Fall vor. Daraus geht u. a. hervor, dass der

Syrer das Feuer einem externen Gutachten zufolge selbst gelegt habe. Der Bericht sei nicht abschließend, betonte Biesenbach, es seien weitere Fragen zu klären. Der Minister kündigte die Einsetzung einer mit Fachleuten besetzten Kommission an, die sich mit strukturellen Fragen im Justizvollzug befassen solle. [Stefan Engstfeld](#) (Grüne) hielt der Landesregierung vor, „relevante Informationen“ nicht rechtzeitig an die Politik weitergegeben zu haben. Für die SPD-Fraktion forderte [Sven Wolf](#) die Einsetzung eines unabhängigen und von allen Fraktionen getragenen Sonderermittlers zur Aufklärung des gesamten Sachverhalts. Für die Sicherheit in Justizvollzugsanstalten könne gar nicht genug getan werden, sagte [Thomas Röckemann](#) (AfD). Wer sich aber in einem Gefängnis umbringen wolle, dem werde das auch gelingen. [Angela Erwin](#) (CDU) warf der SPD-Fraktion vor, den Fall zu instrumentalisieren. Dies sei befremdlich.

## Landesjagdgesetz

12.11.2018 – Sachverständige haben sich in einer Anhörung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz zur geplanten Änderung des Landesjagdgesetzes geäußert. Im Mittelpunkt stand ein Gesetzentwurf der Landesregierung ([17/3569](#)). „Praxisferne Einzelbestimmungen sollen aufgehoben, Bürokratie reduziert und Jagdscheininhaberinnen und Jagdscheininhaber finanziell entlastet werden“, heißt es in dem Entwurf. So solle u. a. die Genehmigungspflicht bei Hegemaßnahmen abgeschafft, bei Jagdbeschränkungen in Schutzgebieten das Einvernehmen der Jagdverwaltung eingeführt werden. Während der Landesjagdverband Nordrhein-Westfalen den Gesetzentwurf als „gelungene Weiterentwicklung des Jagdrechts in NRW“ bezeichnete, hieß es in der Stellungnahme des Naturschutzbundes Deutschland (NABU): „Eine Aussöhnung von Interessen des Naturschutzes, des Tierschutzes und der Jagd wird es mit diesem Gesetzentwurf nicht geben.“

# Porträt: Henning Höne (FDP)



Dass er auf den verschiedenen Stationen seiner steilen politischen Karriere immer einer der Jüngsten war, ist für Henning Höne, den Parlamentarischen Geschäftsführer der FDP-Fraktion im Düsseldorfer Landtag, kaum der Rede wert. Der jetzt 31 Jahre alte studierte Betriebswirt aus dem westfälischen Coesfeld war schon der jüngste Kreisvorsitzende der Freien Demokraten in Nordrhein-Westfalen. Er war bei seiner Wahl in den Landtag 2012 der jüngste Abgeordnete und ist in seiner jetzigen Funktion auch jünger als alle seine Kollegen aus den anderen Fraktionen.

Dabei ist der hochgewachsene Parlamentarier eher zufällig in die Politik geraten. Von der Schülerzeitung des Pius-Gymnasiums in seiner Heimatstadt stieg er als freier Mitarbeiter bei der Lokalzeitung ein, schrieb für sechs Cent die Zeile über Kita-Feste und Jugendtreffen, beschäftigte sich mit den politischen Programmen der Parteien und ihrer Jugendorganisationen und blieb bei den Vorstellungen der Jungen Liberalen hängen. Ihr Motto – der Staat solle sich um die Absicherung der großen Lebensrisiken kümmern, im Alltag die Menschen in Ruhe lassen – entsprach seiner eigenen Überzeugung.

## Pressearbeit und Internet

Im Alter von 16 Jahren unterschrieb er den Aufnahmeantrag beim FDP-Nachwuchs, trat auch bald der Partei bei, kümmerte sich um die Pressearbeit und den Internet-Auftritt der Liberalen vor Ort und machte in beiden Organisationen

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Henning Höne, der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion. Der 31-jährige Coesfelder ist studierter Betriebswirt, hat aber auch schon journalistisch gearbeitet.

**Karriere:** 2010 wurde er Chef der Jungen Liberalen in NRW. Da stand er schon zwei Jahre an der Spitze des Kreisverbands der FDP.

2010 kandidierte Höne, der damals gerade sein duales Studium abgeschlossen hatte und im Marketing eines mittelständischen Möbelherstellers arbeitete, zum ersten Mal für den NRW-Landtag, damals allerdings auf einem aussichtslosen Listenplatz. Doch schon zwei Jahre später bei der überraschend angesetzten Neuwahl rückte er auf Platz 1 der FDP im Münsterland vor und pendelt seitdem zwischen Düsseldorf und dem heimischen Coesfeld. Trotz seines rasanten Aufstiegs zu einem der wichtigsten Vertreter der FDP in NRW kommt für Höne ein Wechsel in die Bundespolitik nach Berlin oder in die Europapolitik nach Brüssel nicht in Betracht. Landespolitik findet er spannend, weil sie viel unmittelbarer auf das Leben der Bürger Einfluss habe als die Bundespolitik – für ihn auch ein Grund, sich weiter kommunalpolitisch zu engagieren. Und vor allem schätzt er auch, dass er bei einigermaßen günstiger Verkehrslage von Düsseldorf aus in einer Stunde zu Hause bei Familie und Freunden sein kann. Im Übrigen kann sich Höne ohnehin nicht vorstellen, sein Leben lang Politik zum Beruf zu machen. Er hält einen Wechsel zwischen der Arbeit in Parlamenten und der Arbeit in Unternehmen für beide Seiten für sinnvoll.

## USA zweites Zuhause

Seitdem er als Schüler ein Auslandsjahr bei einer amerikanischen Familie in Florida verbracht hat, ist Höne ein großer Fan der USA. Ihn beeindruckt die kulturelle, politische und landschaftliche Unterschiedlichkeit der Staaten, der verbreitete Optimismus, die meist souveräne Art und Weise, mit Veränderungen umzugehen, das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Einzelnen. Kritisch sieht er aber, dass bei großen Lebensrisiken wie Alter und Krankheit viele Amerikaner allein gelassen werden. Auch nach der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten hat sich Hönes grundsätzlich positive Einstellung zu den USA nicht geändert. Trotz seiner Sorge um das transatlantische Verhältnis und die möglichen negativen Folgen von Trumps Wirtschafts- und Außenpolitik bleiben die USA für ihn ein zweites Zuhause, er fliegt

möglichst einmal im Jahr über den Atlantik, besucht seine Gastfamilie und wohnt wieder in seinem alten Zimmer.

Sein Job in Düsseldorf und seine Verpflichtungen im Münsterland lassen ihm nur wenig Zeit für Hobbys, im Sommer geht er gerne segeln, im Winter macht er Urlaub auf Skiern und zwischendurch hat er, wie er klagt, zu wenig Zeit, um regelmäßig zu laufen. Dafür liest er immer wieder Sachbücher über die europäische Geschichte und wenn er nach Berlin muss, geht er gerne ins Deutsche Historische Museum.

*Peter Jansen*

## Zur Person

Henning Höne (31) ist verheiratet. Er gehört dem nordrhein-westfälischen Landtag seit dem 31. Mai 2012 an. Seit Oktober 2017 ist er Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion. Höne ist seit 2005 Mitglied der FDP, seit 2008 FDP-Kreisvorsitzender in Coesfeld. Seit 2010 ist er Mitglied im FDP-Landesvorstand in NRW.

## Nachgefragt

### Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Ein Klassiker: Die Buddenbrooks. Ein toller Roman mit einer zugleich faszinierenden und tragischen Familiengeschichte. Im Alltag eher Sachbücher zur europäischen Geschichte. Aktuell: Das unvollendete Weltreich von John Darwin.

### Welche Musik hören Sie gerne?

Pop/Rock und Singer/Songwriter: Counting Crows, Jason Mraz, John Mayer, Matt Nathanson, Dave Matthews Band, Five For Fighting ... Aus den USA ist auch noch eine Vorliebe für Country-Musik hängen geblieben.

### Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Ohne Orangensaft und Joghurt wird es schwierig.

### Ihr liebstes Reiseziel?

Die Welt ist zu groß für nur ein Ziel. Je nach Anlass: USA, Kanada, Großbritannien, Österreich und die Niederlande. Die nächsten Ziele liegen wahrscheinlich in Skandinavien.

## Kurz notiert

### Dank an kommunale Spitzen

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat am 7. und 8. November 2018 Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte aus den Regierungsbezirken Arnsberg und Detmold empfangen. Es waren die ersten beiden von insgesamt fünf solcher Empfänge bis Ende November für alle kommunalen Verwaltungsspitzen aus Nordrhein-Westfalen. Der Präsident sagte: „Die Städte und Gemeinden sind die Werkstätten der Demokratie. Hier getroffene politische Entscheidungen werden unmittelbar sichtbar. Hier übernehmen die Menschen Verantwortung füreinander und für das Gemeinwesen. Hier kann Demokratie erlebt und erlernt werden. Für dieses Engagement möchte ich allen Beteiligten vor Ort danken. Sie sind Botschafter der Demokratie im Alltag.“

### Medienkompetenz

Im Landtag hat am 5. November 2018 der 7. Tag der Medienkompetenz stattgefunden. Er wird vom Landesparlament gemeinsam mit dem Grimme-Institut und der Landesregierung veranstaltet. Rund 600 Gäste diskutierten in diesem Jahr unter dem Motto „Was steckt dahinter? Medienbildung in Zeiten von Fake News, Verschwörungstheorien und Algorithmen“. Der Vizepräsident des Landtags, Oliver Keymis, begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. „Ein kritischer und selbstkritischer Umgang mit Medien ist unerlässlich, weil Medien einen wesentlichen Teil unser aller Leben ausmachen und auch einen wesentlichen Teil unserer freiheitlichen Demokratie“, sagte Keymis. Ein Video und mehr Informationen zu dem Tag finden Sie unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de).

### Ausstellung

Noch bis 2. Dezember 2018 ist im Landtag eine Ausstellung zum Vernichtungslager Maly Trostinez in der Nähe von Minsk zu sehen. Dort waren zwischen 1942 und 1944 mehr als 60.000 Menschen ermordet worden. Die Ausstellung kann an den für Besucherinnen und Besuchern geöffneten Wochenenden jeweils von 11 bis 17 Uhr ohne Voranmeldung besichtigt werden. Eine Übersicht der Wochenenden finden Sie unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de). Zur Ausstellungseröffnung sagte der Präsident des Landtags, André Kuper, dass an einen Ort des Terrors erinnert werde, der jahrzehntelang vergessen gewesen sei.

### Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe der Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint am 18. Dezember 2018.

## Gedenken an das Ende des Ersten Weltkriegs

Mit einer bewegenden Gedenkstunde hat der Landtag am 13. November 2018 an das Ende des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren erinnert und zugleich die Bedeutung der deutsch-französischen Aussöhnung und die heutige Freundschaft zwischen beiden Ländern gewürdigt. Eingeladen zu der Feierstunde hatten der Präsident des Landtags, André Kuper, die Parlamentariergruppe NRW-Frankreich, deren Vorsitzender Landtagsvizepräsident Oliver Keymis ist, und der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Der Präsident sagte zur Begrüßung: „Europa war immer dann erfolgreich, wenn sich Deutschland und Frankreich einig waren, wenn sie als Antriebskräfte fungiert und die anderen mitgenommen haben.“ Landtagsvizepräsident Keymis betonte, die gemeinsamen Werte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gehörten unverbrüchlich zur europäischen Identität.



Der Präsident des Landtags, André Kuper (2.v.l.), mit (v.l.) dem Landesvorsitzenden NRW des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge und SPD-Fraktionschef Thomas Kutschaty, der französischen Botschafterin Anne-Marie Descôtes und der französischen Generalkonsulin Dr. Olivia Berkeley-Christmann, dem belgischen Botschafter Baron Willem van de Voorde, Ministerpräsident Armin Laschet und Landtagsvizepräsident Oliver Keymis. Fotos: Schälte